

Postulat Fraktion FDP (Stephan Hügli-Schaad/Dolores Dana) vom 26. Mai 2005: Fusion der Museen Zentrum Paul Klee und Kunstmuseum Bern; Fristverlängerung

In der Stadtratssitzung vom 29. März 2007 wurde das folgende Postulat Fraktion FDP erheblich erklärt:

Immer mehr wird bekannt, dass das Zentrum Paul Klee nach seiner Eröffnung sehr bald, nämlich ab dem 1. Januar 2006, ein Defizit in den Betriebskosten von gegen 2 Millionen Franken aufweisen wird. Wer diese Lücke ausfüllt ist unklar. Zudem ist unklar, wer die Unterhaltskosten des Gebäudes (Bausumme ca. 100 Millionen Franken) dereinst übernehmen wird.

Bekannt ist auch, dass im Zusammenhang mit der Diskussion um ein Museum der Gegenwartskunst die Frage der Fusion bzw. Nichtfusion der beiden Museen Paul Klee und Kunstmuseum Bern diskutiert wird, aber nicht vollzogen werden soll. Dem Vernehmen nach soll eine Fusion mindestens eine Einsparung von ca. 1 Million Franken, ohne Qualitätsverlust, bringen oder eine erhöhte Effizienz beim kumulierten Einsatz von Mitteln. Dabei spricht nichts dagegen, dass in einer neuen Organisation die beiden Museen als weitgehend selbständige Abteilungen geführt werden können.

Wir gehen davon aus, dass durch eine Fusion der beiden Museen, nebst anderen, vor allem in folgenden Bereichen namhafte Einsparungen gemacht oder Mehrwerte schaffen werden können:

1. Mehr Marketingreichweite mit gemeinsamen Mitteln und damit mehr Einnahmen
2. Eine gemeinsame Informatiklösung
3. Eine statt zwei Direktionen und entsprechende Backofficebereiche
4. Eine statt zwei Versicherungslösungen
5. Ein Sicherheitsdienst
6. Eine statt zwei Buchhaltungen und Administration
7. Eine Reinigungsequipe
8. Gegenseitige Stellvertretungen
9. Eine gemeinsame Ausleihorganisation
10. Reduktionen im logistischen Bereich dank gegenseitigen Stellvertretungen
11. Bessere Koordination und weniger Aufwand beim Kulturgüterschutz und der Lagerhaltung
12. Mehr Synergien beim Ausleihen von Bildern an andere Ausstellungen und damit auch bessere Ausgangslage beim Ausleihen derselben von anderen Sammlungen und Museen.
13. Besseres Renommé und höhere Akzeptanz bei potentiellen Donatoren von Pekunien oder Kunstgegenständen
14. Einer statt zwei Leistungsverträge
15. Ein Verwaltungs-, ein Aufsichts-, ein Kontrollorgan statt deren zwei
16. Keine Grabenkämpfe und kein Gezänk sondern einheitlicher Auftritt gegen aussen.

Die Museen bzw. die Subventionsgeber stehen in einer sehr schwierigen Finanzsituation. Absehbare Defizite sind zur Zeit nicht gedeckt, Fusionsverhandlungen mit entsprechendem grossen Synergiepotential scheitern offenbar regelmässig am Kunstmuseum bzw. am Mäzen der Gegenwartskunst. Diese Situation ist unhaltbar und die öffentlichen Hände (Kanton Bern,

Stadt Bern, Agglomerationsgemeinden) müssen handeln. Der absehbare „Fusionsgewinn“ ist umgehend zu realisieren, spätestens jedoch auf den 1. Januar 2008 (Inkrafttreten der neuen Subventionsverträge). Falls dies aus irgendeinem Grund scheitern sollte, müssen die Subventionen um den entsprechenden Betrag gekürzt werden.

Daneben gibt es zahlreiche strategische Vermarktungs-Vorteile, die hier nicht näher beleuchtet werden sollen und die auch noch erarbeitet werden müssen.

Der Gemeinderat wird aufgefordert:

Bis spätestens auf den 1. Januar 2008 (Inkrafttreten) die Fusion des Museen Zentrum Paul Klee und des Kunstmuseums Bern umzusetzen bzw. beim Scheitern die Subventionen im entsprechenden Ausmass des „Fusionsgewinns“ zu kürzen.

Bern, 26. Mai 2005

Motion Fraktion FDP (Stephan Hügli-Schaad/Dolores Dana, FDP), Sibylle Burger-Bono, Ueli Haudenschild, Sandra Wyss, Christian Wasserfallen, Hans Peter Aeberhard, Christoph Müller, Beat Schori, Erich Ryter, Daniel Kast, Daniel Lerch, Reto Nause, Margrit Thomet, Ueli Jaisli, Rudolf Friedli, Thomas Weil, Simon Glauser, Peter Bühler

Bericht des Gemeinderats

Der Vorstoss ersucht den Gemeinderat zu prüfen, bis spätestens auf den 1. Januar 2008 (Inkrafttreten) die Fusion des Zentrums Paul Klee und des Kunstmuseums Bern umzusetzen bzw. beim Scheitern die Subventionen im Ausmass des „Fusionsgewinns“ zu kürzen.

Mit seinem Bericht vom 14. Februar 2007 zu dem als Motion eingereichten Vorstoss hat der Gemeinderat ausführlich begründet, weshalb die Fusion bis auf Weiteres unmöglich ist und dargelegt, auf welchen Feldern und mit welchen positiven Konsequenzen die beiden Institutionen zusammenarbeiten. Er beantragte in der Folge, die Motion abzulehnen.

Als der Stadtrat den Vorstoss am 29. März 2007 behandelte, hatte er eine Woche zuvor die neuen Subventionsverträge 2008 bis 2011 mit der Stiftung Kunstmuseum Bern und der Stiftung Zentrum Paul Klee gutgeheissen und sie den Stimmberechtigten mit Antrag auf Zustimmung unterbreitet. Die Verträge, zu deren Finanzierung die Stimmberechtigten mit grossem Mehr Ja sagten, gelten getrennt für beide Institutionen. Sie beinhalten jedoch übereinstimmend folgende Bestimmung:

¹ *Die Stiftung verpflichtet sich, unter Wahrung ihrer Autonomie und Zweckbestimmung gemäss ihrer Stiftungsurkunde mit der Stiftung (...) namentlich im Hinblick auf die Durchführung gemeinsamer Ausstellungen und in betrieblichen Belangen zusammenzuarbeiten.*

² *Die Stiftung erzielt mit dieser Zusammenarbeit Einsparungen von durchschnittlich mindestens Fr. 150 000.00 pro Jahr.*

³ *Die Stiftung und die Stiftung (...) setzen einen gemeinsamen Ausschuss ein, der über Arten und Bereiche der Zusammenarbeit entscheidet, soweit diese die Zuständigkeit der Direktionen übersteigt. Sie regeln die Einzelheiten durch einen besonderen Vertrag.“*

Die beiden Stiftungsräte haben den Vertrag abgeschlossen und den Ausschuss bestehend aus den Präsidenten und den Direktoren eingesetzt. Die Stiftungsräte treffen sich jährlich zu einer gemeinsamen Sitzung. Der „Kooperationsgewinn“ von je Fr. 150 000.00 ist von der Subvention abgezogen. Es wird auch verwiesen auf den Bericht des Gemeinderats vom 14. Feb-

ruar 2007 zum Postulat Fraktion GB/JAI/GPB (Natalie Imboden, GB): Ein Kunstmuseum-Dach: Institutionelle Zusammenarbeit in der bernischen Museenlandschaft verstärken.

Zusätzlich ist festzuhalten, dass die zur Diskussion gestellte kantonale Kulturstrategie unter anderem vorsieht, dass das KMB und das ZPK auf das Jahr 2015 hin zusammengelegt werden sollen.

Mehr ist im Rahmen dieses Berichts nicht zu sagen. Der Zweck des Vorstosses lässt sich innert der gesetzten Frist aus den dargelegten Gründen nicht erreichen. Trotzdem ist ein positive Ergebnisse zeitigender Prozess der gegenseitigen Annäherung und zunehmender Zusammenarbeit im Gang. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat eine Fristverlängerung um drei Jahre.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Fraktion FDP (Stephan Hügli-Schaad/Dolores Dana) vom 26. Mai 2005: Fusion der Museen Zentrum Paul Klee und Kunstmuseum Bern; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts um drei Jahre zu.

Bern, 4. Juni 2008

Der Gemeinderat